



**Frank Schäffler**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Obmann der FDP-Fraktion im Finanzausschuss

14.12.2009

## **„Herausforderungen der Fiskalpolitik“**

„Wohlstand für alle!“ Unter dieses Motto haben wir den ersten Teil unseres Koalitionsvertrages zwischen Union und FDP gestellt. „Wohlstand für alle“ bedeutet auch, dass wir den Haushalt in Ordnung bringen, damit wir zu generationengerechten Finanzen kommen. Wir haben dazu neun Goldene Regeln aufgestellt, mit denen wir einen Paradigmenwechsel herbeiführen wollen. Wir wollen alle staatlich übernommenen Aufgaben auf den Prüfstand stellen, denn jeder Ausgabenbereich soll einen Beitrag zur Einhaltung der Schuldenregel des Grundgesetzes leisten. Die politischen Zielsetzungen werden künftig nach der Qualität, nicht nach der Quantität ausgerichtet. Alle neuen finanzwirksamen Vorhaben müssen in ihren Wirkungen umfassend ausgewiesen werden. Damit schaffen wir gleich zu Beginn der Diskussionen die nötige Transparenz. Neue Maßnahmen sind nur möglich, wenn für sie unmittelbar eine dauerhafte Finanzierung vorgelegt wird. Die Lasten werden zwischen den staatlichen Ebenen ausgewogen verteilt, so dass wir auch den Interessen der Länder und Kommunen entgegen kommen.

Hervorheben möchte ich, dass künftig das Ausgabenwachstum unter dem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes liegen muss. Das ist die wichtigste Regel. Denn sie stellt eine grundsätzlich neue Weichenstellung dar, die die öffentlichen Haushalte nachhaltig sanieren wird. Wenn es uns gelingt, die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren um 1 Prozent geringer wachsen zu lassen, als das reale Bruttoinlandsprodukt, schaffen wir einen jährlichen Konsolidierungserfolg von mindestens 20 Milliarden Euro. Das wäre auf der Ausgabenseite der Schlüssel zur Gesundung der öffentlichen Haushalte. Damit tritt die neue Regierung aus FDP und Union dem ausufernden Wachstum der Staatsausgaben entgegen. Noch in der vorangegangenen Legislaturperiode hat es einen exorbitanten Anstieg der Ausgaben um 43,5 Milliarden Euro - im Vergleich 2009 gegenüber 2005 – gegeben. Der Ausgabenanstieg lag mit jahresdurchschnittlich 4 Prozent deutlich über dem jahresdurchschnittlichen nominalen BIP-Anstieg von 1,4 Prozent. Anders formuliert: Die Ausgaben des Bundes wuchsen annähernd um das Dreifache des nominalen BIP. Der Vergleich zwischen Ausgabenanstieg und dem realen BIP-Anstieg fällt noch drastischer aus. Jahresdurchschnittlich lag das reale BIP für den Zeitraum 2006 bis 2009 bei gut 0,5 Prozent. Damit sind im entsprechenden Betrachtungszeitraum die Ausgaben des Bundes im Vergleich zum realen BIP um das Achtfache angestiegen. Eine weitere wichtige Regel ist, dass alle Einnahmen grundsätzlich dem Gesamthaushalt zur Verfügung stehen. Mit dieser Goldenen Regel soll dem Grunde nach eine Zweckbindung für den Gesamthaushalt hergestellt werden. Es gilt der Grundsatz, dass diese Einnahmen erst dem Gesamthaushalt zur Verfügung gestellt werden, um dann über deren Verwendung zu bestimmen. In der Vergangenheit wurde anders verfahren. So wurde beispielsweise bei den Erlösen aus den CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten hinsichtlich der Verwendung prioritär eine politische Gewichtung

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • 030 227 – 74072 • Fax 030 227 – 74061

E-Mail: frank.schaeffler@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Bahnhofstraße 56 • 32257 Bünde • Telefon 05223 - 7924299 • Fax 05223 - 7924298

E-Mail: frank.schaeffler@wk.bundestag.de



**Frank Schäffler**

Mitglied des Deutschen Bundestages

zugunsten ökologischer Projekte vorgenommen. Der Goldenen Regel unterliegen ebenso die angestrebten Gewinne aus der Laufzeitverlängerung im Bereich der Kernenergie. Sollte es hier zu zusätzlichen Einnahmen für den Bund kommen, gilt dieselbe Vorgehensweise wie bei den CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten.

Eine kleine Revolution des Haushaltsrechts stellt die Regel dar, dass zukünftig wichtige Eckwerte des Haushalts vorab verbindlich durch das Bundeskabinett vorgegeben werden und damit zur Grundlage für das regierungsinterne Aufstellungsverfahren in den Einzelplänen gemacht werden. Diese Goldene Regel ist eine Umkehr des bisherigen Haushaltsverfahrens. Es erfolgt eine Umstellung vom Bottom-Up-Verfahren hin zum Top-Down-Verfahren. Die Ressorts bekommen zukünftig einen Finanzrahmen vorgegeben. In der Vergangenheit konnten die Ministerien „lustig“ ihre Wünsche anmelden mit der Folge, dass häufig keine Orientierung an den haushalterischen Möglichkeiten/Gegebenheiten erfolgte. Anders als in der Vergangenheit wird nun eine wesentlich konsequentere Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen stattfinden. Im Ergebnis müssen Finanz- und Fachziele sehr viel stärker in Einklang gebracht werden. Neben diesen Konsolidierungszielen wollen wir jetzt in der Krise die Grundlage für neues und nachhaltiges Wachstum schaffen. Dafür ist eine glaubwürdige Haushaltspolitik notwendig.

Aber diese allein ist nicht ausreichend, sondern muss mit einer auf Entlastung setzenden Steuerpolitik verbunden werden. Grundlage dafür ist eine Politik, die Sparen als Voraussetzung für Investitionen und damit Arbeitsplätze betrachtet. Die mangelnde Eigenkapitalbasis und die hohe Kreditabhängigkeit der Wirtschaft werden in der Krise derzeit zum Problem. Deshalb müssen Elemente der Substanzbesteuerung wie die Hinzurechnung von Kostenelementen bei der Gewerbesteuer oder die Zinsschranke für den größeren Mittelstand beseitigt oder zumindest abgemildert werden. Der Koalitionsvertrag von Union und FDP enthält dazu zwei klare Aussagen. Die eine ist: „Deswegen wollen wir ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem“. Die andere ist: „Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem wir den Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen. Zahl und Verlauf der Stufen werden unter Berücksichtigung dieses Zieles entwickelt. Der Tarif soll möglichst zum 1.1.2011 in Kraft treten.“ Die Botschaft der neuen Regierung lautet also, dass wir auf die Entlastung der Bürger und Unternehmen setzen, um damit die Grundlage für neues Wachstum und einen nachhaltigen Aufschwung schaffen. Wir wollen für Motivation und Entlastung sorgen und werden ein Sofortprogramm an krisenentschärfenden Maßnahmen auf den Weg bringen. Mit Wirkung zum 1.1.2010 werden Familien entlastet und Unternehmen von den krisenverschärfenden Regelungen der Unternehmensteuerreform befreit. Wir werden in den anstehenden Haushaltsberatungen gerade auch über die Ausgabenseite sprechen müssen. Unsere Maßgabe ist dabei, dass der Staat bei sich selbst zuerst spart. Eine glaubhafte Steuersenkungspolitik muss daher mit einem Weniger an staatlicher Tätigkeit und Fürsorge einhergehen. Konkret: So eindeutig das Signal von Union und FDP an die Mittelschicht ist, das Schonvermögen für ALG-II-

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Telefon 030 227 – 74072 • Fax 030 227 – 74061

E-Mail: frank.schaeffler@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Bahnhofstraße 56 • 32257 Bünde • Telefon 05223 - 7924299 • Fax 05223 - 7924298

E-Mail: frank.schaeffler@wk.bundestag.de



**Frank Schäffler**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Empfänger zu verdreifachen, so klar ist auch, dass seit Einführung der Schröderschen Hartz-IV-Gesetze die Zahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften um 500.000 höher liegt als zu Beginn im Jahr 2005. Damals hatte Deutschland 5 Millionen Arbeitslose, heute sind es 1,5 Millionen Menschen weniger.

Für zusätzliche Ausgabenwünsche, die an die neue Bundesregierung herangetragen werden, gilt deshalb die Goldene Regel, dass alle staatlichen Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Ludwig Erhard hat uns ins Stammbuch geschrieben: „Es gibt keine Leistungen des Staates, die sich nicht auf Verzicht des Volkes gründen.“ An diese Erkenntnis werden wir uns halten müssen.